

- Pfeifer, C.: Staat oder Markt – Gesellschaft oder Individuum? Hintergründe und Perspektiven des Demokratisierungsprozesses in Vietnam. In: Internationales Asienforum, Köln, 3–4 (1992), S. 347–58.
- Pingali, P. L.: Decollectivization and rice productivity growth. In: Economic Development and Cultural Change, Chicago, 40/4 (1992), S. 697–718.
- Problems of transition in the economies of the ESCAP region. In: Economic Bulletin for Asia and the Pacific, 1 (1992), S. 13–28.
- Rana, P. B. und W. Paz: Economies in Transition: The Asian Experience. In: Lee/Reisen 1994, S. 119–140.
- Revilla-Diez, J.: Systemtransformation in Vietnam: industrieller Strukturwandel und regionalwirtschaftliche Auswirkungen. Hannoversche geographische Arbeiten 51, Münster 1995.
- Robinson, D. und J. Cummings: Vietnam, Laos & Cambodia. Lonely Planet, Hawthorn/Australia 1991.
- Román, L.: Institutions in transition: a study of Vietnamese banking. School of Economics, Dissertation, Stockholm 1995.
- Ronnas, P. und Ö. Sjöberg (Hrsg.): Doi Moi. Economic Reforms and Development Policies in Vietnam. Papers and Proceedings from an International Symposium in Hanoi, December 12–15, 1989, Stockholm 1990.
- Schmidt, P.: Den Gästen zu Ehren. Vietnam und Laos öffnen ihre Grenzen. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, Wien, 1/2 (1990), S. 33.
- Schwarz, T.: Fluchtbewegungen in Indochina. Edition Parabolis, Berlin 1993.
- Spreitzhofer, G.: Tourismus Dritte Welt: Brennpunkt Südostasien. Alternativtourismus als Motor für Massentourismus und soziokulturellen Wandel. Peter Lang, Frankfurt 1995.
- Spreitzhofer, G.: Zwischen Hitachi und Ho Chi Minh. In: International, 3 (1996), S. 4–9.
- Statistisches Bundesamt: Länderbericht Vietnam. Wiesbaden 1993.
- Südostasien aktuell 1/1994.
- The Far East and Australasia: 27th edition, Europa Publications, London 1996.
- The Nikkei Weekly, 13.5.1996.
- Tinh, P. und R. Krause: Stand und Zukunftsperspektive der Mechanisierung der Landwirtschaft in Vietnam. In: Der Tropenlandwirt, 94 (Okt. 1993), S. 85–94.
- Tran, K.: The ethnic Chinese and economic development in Vietnam. Institute of South-East Asian Studies, Singapur 1993.
- Turley, W. S. (Hrsg.): Vietnamese Communism in Comparative Perspective. Westview Press, Boulder 1980.
- Turley, S. W. und M. Selden (Hrsg.): Reinventing Vietnamese socialism: doi moi in comparative perspective. Westview Press, Boulder 1993.
- Webber, M.: The Third World and the dissolution of the USSR. In: Third World Quarterly, 4 (1992), S. 631–712.
- Weggel, D.: Vietnam igelt sich ein – Reaktionen der SVR auf das Tiananmenmassaker und auf den Umbruch in Osteuropa. In: SOA-aktuell, Hamburg, 9/1 (1990), S. 85–102.
- Weggel, O.: Indochina. Beck'sche Reihe, München 1987.
- Weggel, O.: Gesamtbericht Vietnam, Kambodscha, Laos. In: SOA – aktuell, Hamburg, 5(1996), S. 512–530.
- Wurfel, D.: Doi Moi in Comparative Perspective. In: Turley/Selden 1993, S. 19–52.

Günter Spreitzhofer, Sauternerstraße 140, A-2823 Pitten

Journal für Entwicklungspolitik XIII/2, 1997, S. 199–207

Nach der Diskussion der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation in „sozialistischen“ bzw. „revolutionären“ Staaten sollen abschließend an Hand zweier Beispiele – Moçambique und China – die Beziehungen Österreichs zu diesen Staaten beleuchtet werden. Neben allgemeinen Aspekten der bilateralen Beziehungen steht vor allem die Frage im Mittelpunkt, ob die Wandlungsprozesse einen Einfluß auf das Verhältnis Österreichs zu den genannten Ländern und auf die österreichische Entwicklungszusammenarbeit gezeitigt haben.

Walter Sauer

Österreich und der Transformationsprozeß in Moçambique

Als Ende 1988 das Solidaritätskomitee für Moçambique, in Zusammenarbeit mit der Anti-Apartheid-Bewegung und der EZA Dritte Welt, die österreichischen Aktivitäten im Rahmen der European Campaign Against South African Aggression on Mozambique and Angola (ECASAAMA) organisierte, standen nicht zufällig Forderungen nach breiterer Information über und stärkerer Unterstützung für Moçambique und den Friedensprozeß im Südlichen Afrika seitens Österreichs im Vordergrund.¹ Seither ist in Südafrika eine vollkommen neue, demokratische Staatsordnung errichtet worden, sind sowohl in Moçambique als auch (hoffentlich) in Angola die Bürgerkriege zu Ende gegangen, und hat speziell in Moçambique ein tiefgreifender politischer und wirtschaftlicher Transformationsprozeß seinen Anfang genommen (vgl. dazu den Beitrag von Joachim Becker und Michael Baiculescu in diesem Heft). Von daher stellt sich die Frage: Haben sich die bilateralen Beziehungen Österreichs zu diesem südostafrikanischen Land in den letzten Jahren (und wenn ja, in welche Richtung) verändert?

Die Antwort darauf fällt keineswegs eindeutig aus. In einigen Bereichen, so vor allem bei der staatlichen Entwicklungspolitik, sind tatsächlich erhebliche Veränderungen feststellbar. Auf der anderen Seite ist es – zumindest bislang – weder bei den diplomatischen Beziehungen² noch (und dies wäre wohl wichtiger) im wirtschaftlichen Bereich zu einer nennenswerten Intensivierung gekommen. Allgemeiner formuliert: Der bislang grundsätzlichste Paradigmenwechsel der österreichisch-moçambikanischen Beziehungen ist immer noch jener, der bereits Mitte der siebziger Jahre erfolgte, d.h. nach dem Ende der Kolonialzeit.

1 Vgl. den überparteilichen Appell an Außenminister Alois Mock vor dessen Reise zum SADCC-Gipfel in Luanda: Wiener Zeitung vom 25. Jänner 1989.

2 Moçambiques Status als „Fokusstaat“ der österreichischen Außenpolitik ist in erster Linie auf seine Einstufung als „Schwerpunktland“ durch die damals noch im Bundeskanzleramt beheimatete Sektion Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 1993 zurückzuführen. Vgl. allgemein: Öppinger-Walchshofer, Brigitte: Das Konzept „Afrika 2000“. Neuorientierung der österreichischen Außenpolitik gegenüber den Staaten Afrikas südlich der Sahara. In: Journal für Entwicklungspolitik, 2 (1996) S. 239–241.

Seither hielt sich – und hält sich nach wie vor, wie leider festgestellt werden muß – das Interesse des offiziellen Österreichs an einem unabhängigen Moçambique in Grenzen.

Ein zumindest bis in die sechziger Jahre dieses Jahrhunderts zurückgreifender historischer Rückblick³ erweist sich also als sinnvoll. Demnach wurde im bilateralen Außenhandelsbereich die größte Intensität in der letzten Phase der portugiesischen Kolonialherrschaft erreicht. Die Spitzenwerte lagen exportseitig im Jahr 1972 mit österreichischen Ausfuhren im Wert von 105 Mio. Schilling, importseitig im Jahr 1970 mit 88 Mio. Schilling.⁴ Insgesamt lag das durchschnittliche Außenhandelsvolumen (Importe und Exporte zusammengenommen) in der ersten Hälfte der siebziger Jahre (1970–1974) um 136% über jenem der zweiten (1975–1979), und in den achtziger Jahren sackte der bilaterale Warenaustausch noch weiter ab.

Abgesehen von der gemeinsamen EFTA-Mitgliedschaft Österreichs und Portugals, von der wohl auch die lusophonen Kolonien Afrikas profitierten, ergibt sich eine mögliche Erklärung der hohen Bedeutung Moçambiques für den österreichischen Handelsverkehr mit dem Südlichen Afrika aus der Analyse der Warenstruktur. Exportseitig schlugen in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren vor allem Maschinen, Verkehrsmittel und bearbeitete Waren zu Buche; darin kommt zuletzt der Aufbau einer Produktionsanlage in Matola zur Herstellung von Bewässerungsrohren zum Ausdruck.⁵ Diese Exporte (deren Adressaten wohl im Bereich der portugiesischen Kolonialverwaltung bzw. der portugiesischen Siedler, von denen ab 1974 viele das Land verließen, zu suchen sind) nahmen mit der Unabhängigkeit jedoch weitgehend ab.

Interessant ist der Beitrag des Imports zur großen Bedeutung des Moçambique-Handels während der späten Kolonialzeit. Importiert wurden österreichischerseits damals vor allem Roh- und Spiegeleisen sowie Kupfer und Tabak – Warengruppen also, die nicht gerade zu den klassischen moçambikanischen Exportprodukten zählen. Angesichts des Umstands, daß seit 1965 der österreichische Außenhandel mit Süd-Rhodesien (u.a. Tabak, Kupfer und Eisen) aufgrund der Sanktionsbeschlüsse des UN-Sicherheitsrates offiziell eingestellt war, kann hierbei wohl von Geschäften zur Umgehung des Rhodesien-Embargos ausgegangen werden.⁶

Insgesamt ist also eine schlagartige Abnahme bei den Exporten mit der moçambikanischen Unabhängigkeit 1975 und das praktische Erliegen der Im-

3 In gebotener Kürze soll hier jedoch auch auf die wechselvollen Beziehungen der Monarchie zum Gebiet des heutigen Moçambique seit dem 18. Jahrhundert (kurzfristig österreichische Kolonie in der Delagoa Bay) verwiesen werden. Die relevante Literatur findet sich zusammengestellt bei Sauer, Walter, Gerald Hödl und Ursula Wolfsberger: Österreich – Afrika. Eine interdisziplinäre Bibliographie. In: Journal für Entwicklungspolitik, Sonderheft (1993); vgl. seither auch Newitt, Malyn: A history of Mozambique. Johannesburg 1995.

4 Angaben nach den jeweiligen Jahrgängen der Österreichischen Außenhandelsstatistik.

5 Hüpf, Rudolph: Österreichs Hilfe. In: Solidaritätskomitee Moçambique (Hrsg.): Mozambique: Zehn Jahre unabhängig, Wien 1985, S. 15.

6 Vgl. Sauer, Walter: Österreichs Beziehungen zu Zimbabwe. In: Journal für Entwicklungspolitik, 4 (1988), S. 27–54.

porte mit der Unabhängigkeit des benachbarten Zimbabwe 1980 zu verzeichnen: Moçambique war in den Augen Österreichs unwichtig geworden. Eine Trendwende kam im Verlauf der achtziger Jahre – jener Zeitspanne also, in der Moçambique angesichts ungünstiger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und der intensivierten militärischen Aggression seitens des damaligen Südafrika und seiner internen Alliierten internationale Unterstützung am nötigsten gebraucht hätte – nur teilweise, nämlich bei den Exporten, zustande. Während die österreichischen Einfuhren die achtziger Jahre hindurch auf niedrigstem Niveau stagnierten (wertmäßig jedenfalls unter 10, teilweise jedoch sogar unter 1 Mio. Schilling), begannen sich die Ausfuhren – wenn auch auf niedrigerem Niveau als in den frühen siebziger Jahren – zu erholen. Einerseits war diese Entwicklung auf die Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung nach der Überschwemmungskatastrophe im Jänner 1984 zurückzuführen (dazu vgl. unten), die zu Großaufträgen der moçambikanischen Wasserbauwirtschaft an heimische Firmen führten (vor allem wurden Pumpen und Röhren geliefert); andererseits schlug auch das 1986 zugesagte österreichische Engagement bei der technischen Rehabilitierung der Eisenbahnlinie im Beira-Korridor (1994 beendet) sowie die Lieferung von Bahnbaumaschinen für den Limpopo-Korridor (1990 ff.) zu Buche.⁷

Belebende Auswirkungen des moçambikanischen Transformationsprozesses jedoch sind – zieht man die österreichische Außenhandelsstatistik der Jahre 1990–1994 (spätere Erhebungen sind infolge der EU-Umstellung nicht mehr vergleichbar) zu Rate – im Bereich des bilateralen Außenhandels jedenfalls nicht erkennbar. Importseitig ist es zwar zu einer (gegenüber dem Null-Niveau der späten achtziger Jahre auffallenden) Steigerung gekommen, für die vor allem Nahrungsmittel und wiederum Tabak verantwortlich zeichnen; der bisherige Spitzenwert wurde 1993 mit Einfuhren im Wert von 7,4 Mio. Schilling erzielt. Insgesamt allerdings ist der Handelsverkehr (Importe und Exporte zusammengenommen) im ersten Jahrfünft der neunziger Jahre gegenüber den Jahren 1985–1989 um ein Drittel gesunken. Verantwortlich dafür zeichnet die stark rückläufige Entwicklung der Exporte, die Anfang der neunziger Jahre zweimal sogar die 10-Millionen-Schilling-Grenze unterschritten. Als Hintergrund dafür ist wohl in erster Linie an die starke moçambikanische Verschuldung bzw. Zahlungsunfähigkeit zu denken. Kam es 1989 zu einer großen Lieferung österreichischer pharmazeutischer Waren im Wert von fast 20 Mio. Schilling – eine Widerspiegelung des internationalen „Hilfs-Business“ in der Außenhandelsstatistik –, so konnte diese nur durch internationale Hilfgelder finanziert werden.⁸

7 Purkhart, Markus: Österreich und die Eisenbahnen des südlichen Afrika. In: Journal für Entwicklungspolitik, 2 (1996), S. 179–189; als gewerkschaftliches Follow-up vgl. die Einladung von Bahngewerkschaftern aus den SADC-Ländern (inkl. Moçambique) nach Österreich im Jahr 1996: Internationales Gewerkschaftsinstitut des ÖGB (Hrsg.): Eisenbahnen in Afrika. Ein gemeinsames Projekt des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Gewerkschaft der Eisenbahner und der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im BMaA. Wien 1996.

8 Internationale Wirtschaft vom 27. April 1989. Kritisch zum „aid business“ siehe Hanlon,

Und seitens der Wirtschaftskammer Österreich wurde wiederholt auf die Schlüsselrolle der heimischen Entwicklungshilfe einerseits bzw. der internationalen Kreditfinanzierung andererseits für eine Stimulierung der österreichischen Exporte verwiesen.⁹

In der Tat hatten die stark mit Warenimportprogrammen verbundenen Entwicklungshilfeleistungen der achtziger Jahre immer wieder auch günstige Auswirkungen auf die österreichische Exportwirtschaft ausgeübt. Kleinere EZA-Projekte (des Instituts für Internationale Zusammenarbeit) in den Bereichen Bildung und Stadtplanung hatten bereits kurz nach der Unabhängigkeit 1975 eingesetzt, und ab 1981 wurden aus Mitteln des Landwirtschaftsministeriums auch moçambikanische Nahrungsmittelkäufe in anderen Dritte-Welt-Ländern gefördert.¹⁰ Vermittelt durch die österreichischen Entwicklungshelfer wurde weiters 1983 zwischen dem damals für EZA-Fragen zuständigen österreichischen Staatssekretär Ferdinand Lacina und dem moçambikanischen Staatssekretär für landwirtschaftlichen Wasserbau, Ruiz Gonzales, eine grundsätzliche Einigung über Kooperationsprogramme in den Bereichen Bewässerung und Viehzucht (inkl. Errichtung von Schlachthöfen zur Verringerung der Importabhängigkeit bei Fleisch) getroffen.¹¹ Aktualisiert wurden diese Bestrebungen durch die bereits erwähnte Überschwemmungskatastrophe in Folge des Wirbelsturms im Jänner 1984, die zu Sofortmaßnahmen der österreichischen Bundesregierung (Lebensmittelhilfe und Sofortprogramm zur Reparatur der Steyr-Antriebsmotoren für Bewässerungspumpen über Exportkredite) führte.¹² Eine österreichische EZA-Expertenkommission, die unter Führung von Rat Dipl.Ing. Günther Stachel im Mai/Juni 1984 Moçambique besuchte¹³, gab darüber hinaus den Anstoß zu einem großangelegten Projekt „Hochwasserschutz Umbeluzi“ in der Grenzregion von Moçambique und Swaziland. Im Oktober 1985 wurde schließlich ein „Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Volksrepublik Moçambique über technische und finanzielle Zusammenarbeit“ unterzeichnet.¹⁴

Insgesamt wurden von den diversen österreichischen Akteuren zwischen 1980 und 1991 408 Mio. Schilling an Entwicklungshilfemitteln (ODA gesamt) an

Joseph: Peace without Profit. How the IMF blocks rebuilding in Mozambique. Oxford – Porthmouth, v.a. S. 57–67.

9 Internationale Wirtschaft vom 27. April 1989 sowie vom 21. Juni 1990.

10 Vermittelt wurde dieses ambitionierte österreichische Programm über das World Food Programme der FAO in Rom (Entwicklungspolitische Nachrichten 4/84).

11 Rudolf Hüpf, Persönliche Information an den Autor, 14. Juli 1994. Für seine ausführliche Information über diese wissenschaftlich noch nie dokumentierte, wichtige Phase der österreichisch-moçambikanischen Entwicklungszusammenarbeit dankt der Autor Kollegen Hüpf (Donaukraftwerk Wasserbauengineering & Consulting Ges.m.b.H.) sehr herzlich.

12 Hüpf, Persönliche Information an den Autor, 14. Juli 1994, sowie ders., Österreichs Hilfe 15.

13 Beschlußprotokoll Nr. 45 über die Sitzung des Ministerrates am 22. Mai 1984, TOP 3.

14 Beschlußprotokoll Nr. 57 über die Sitzung des Ministerrates am 11. September 1984, TOP 4 sowie Nr. 104 über die Sitzung des Ministerrates am 14. Oktober 1985, TOP 7.

Moçambique vergeben. Die Spitzenwerte wurden dabei 1985 (mit 60 Mio. Schilling) und 1989 (mit knapp 69 Mio. Schilling) erreicht; aufgeschlüsselt nach der Art der Hilfe entfielen 178 Mio. Schilling (43,6% der Gesamtsumme) auf Kredite, 133 Mio. (32,6%) auf Nahrungsmittelhilfe, 91 Mio. Schilling (22,3%) auf die Technische Hilfe des BKA/BMaA (inkl. Personalkosten); projektmäßig standen dabei Hochwasserschutz, Schlachthofplanungen und die Eisenbahnrehabilitierung im Vordergrund.¹⁵ Gemessen an der gesamten ODA Österreichs an die Länder der Southern African Development Coordination Conference (SADCC) nahm Moçambique zwischen 1980 und 1991 mit einem Anteil von 31,66% den ersten Rang ein.¹⁶

Aus einer Reihe von Gründen jedoch begannen sich die Parameter dieser (heute amtsintern vielfach abschätzig als „Altlast“ bezeichneten) Entwicklungskooperation der achtziger Jahre ab etwa 1990 zu verändern. Innenpolitisch setzte die nach 1986 feststellbare sog. „konservative Wende der Entwicklungspolitik“¹⁷ neue Akzente, die zwar Moçambique als Empfängerland österreichischer Unterstützung nicht an sich in Frage stellten, sehr wohl aber nach einer neuen inhaltlichen Programmierung verlangten; daß bestimmte Teile des EZA-Engagements in Moçambique (vor allem die Schlachthof-Komponente) amtsintern zunehmend negativ evaluiert wurden, lief in dieselbe Richtung. Hinzu kam eine wachsende politische wie wirtschaftliche Instabilität der moçambikanischen Partner. 1989 wurde im offiziellen „Dreijahresprogramm“ erstmals von der Notwendigkeit gesprochen, die Planung eines Länderprogramms für Moçambique „mit Priorität“ in Angriff zu nehmen.¹⁸

Die wechselvollen Schicksale dieses Länderprogramms (das bisher nur in Teilen vorliegt) können an dieser Stelle ebensowenig nachgezeichnet werden wie die verschlungenen Wege der geographischen Schwerpunktsetzung der offiziellen Entwicklungspolitik. Moçambique wurde jedenfalls 1993 (statt des ursprünglich vorgesehenen Namibia) zu *dem* Schwerpunktland der österreichischen EZA in der Schlüsselregion Südliches Afrika proklamiert.¹⁹ Der Prozeß der Programmierung des weiteren EZA-Engagements in diesem neuen (alten) Schwerpunktland wiederum wurde von der generellen Verschiebung der internationalen entwicklungs- und außenpolitischen Philosophie in Richtung Neoliberalismus – und ihrer innenpolitischen Widerspiegelung – stark beeinflusst.

An dieser Stelle kann die Verschiebung der Schwerpunkte des früheren Nord-Süd-Dialogs zu dem primär an den sicherheitspolitischen Interessen des

15 Zahlenangaben nach Breitwieser, Franz: Österreichische Entwicklungshilfe an die Länder der SADCC. In: Journal für Entwicklungspolitik, Sonderheft, Wien 1993, S. 157 und S. 163–167.

16 Ebda., S. 154.

17 Vgl. als Einschätzung dazu Höll, Otmar: Entwicklungspolitik. In: Dachs, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien 1991, S. 702.

18 BMaA (Hrsg.): Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungshilfe 1990 bis 1992 – Fortschreibung. Wien 1989, S. 32.

19 BKA (Hrsg.): Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungshilfe 1994 bis 1996 – Fortschreibung. Wien 1993, S. 26.

Nordens ausgerichteten Paradigma einer „Neuen Weltordnung“ ebenso nur angedeutet werden wie die daraus folgende Neudefinition der Rolle der Vereinten Nationen als eines Instruments von „peace keeping“ und „peace making“. Innenpolitisch hatte dies in Österreich eine erstaunliche Koalition zwischen Teilen des Außenministeriums und des Verteidigungsministeriums zur Folge, die – vielleicht aus unterschiedlichen Motiven, aber mit gleicher Heftigkeit – ein verstärktes sicherheitspolitisches Engagement Österreichs im Ausland befürworteten. Vor allem ging es dabei – zunächst – um Polizei- und Militäreinsätze in Krisengebieten der Dritten Welt. Abgesehen vom traditionellen Engagement Österreichs im Nahen Osten und in Zypern hatte schon 1989/90 – allerdings unter völlig anderen völkerrechtlichen Rahmenbedingungen – ein österreichisches Polizeikontingent im Rahmen des UN-Einsatzes zur Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit (UNTAG) Dienst getan.²⁰ Zwei Jahre später wurde zunächst eine Beteiligung des österreichischen Bundesheers am militärischen UN-Einsatz in Somalia – einen der „Schauplätze, auf denen die Auseinandersetzungen über die Rolle der UNO in der 'Neuen Weltordnung' ausgetragen werden“²¹ – nach heftigen innenpolitischen Debatten abgelehnt. Wenige Wochen darauf jedoch berichtete am 2. Dezember 1992 „Die Presse“ von einer vertraulichen Anfrage des UN-Generalsekretariats betreffend die Mitwirkung österreichischer „Blauhelme“ an der Operation ONUMOZ in Moçambique.²² Auch bei dieser Diskussion (geführt u.a. im Landesverteidigungsrat) ging es im Kern weniger um die Entwicklung in Moçambique selbst als um die Wünschbarkeit bzw. Machbarkeit einer „künftigen internationalen Rolle des Bundesheers“²³; politischen Lobbies quer durch alle Parteien, die über eine zunehmende multinationale Einsatzfähigkeit österreichischer Soldaten die Einbindung des Landes in eine „westliche Solidargemeinschaft“ bezweckten, standen andere gegenüber, die eben dies mit Bedachtnahme auf die immerwährende Neutralität Österreichs zu verhindern versuchten. Wiederum wurde die Anfrage der Vereinten Nationen zwar abgelehnt (erst 1994 genehmigte der Hauptausschuß des Parlaments den ONUMOZ-Einsatz von zwanzig österreichischen Polizisten, die zuvor in Rwanda stationiert gewesen waren²⁴), die Frage einer österreichischen Mitwirkung am Friedensprozeß in Moçambique blieb freilich aufgeworfen, und im allgemeinen fanden sicherheitspolitische Fragestellungen seither immer stärker Eingang in die österreichische Außen- und Entwicklungspolitik.

20 Vgl. United Nations: Blue Helmets. A Review of United Nations Peacekeeping. New York 1990.

21 Eikenberg, Kathrin: Die UNO in Somalia. Zu den Hintergründen des Bürgerkriegs und den Stadien der Intervention. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 38 (1993), S. 1061–1069.

22 Die Presse, 2. Dezember 1992.

23 Vgl. die laufende Berichterstattung der heimischen Tageszeitungen, so etwa Die Presse vom 3. und 18. Dezember 1992; Profil, 7. Dezember 1992, S. 13 und 53. Zu einer eher kritischen Einschätzung von ONUMOZ vgl. jedoch Hanlon: Peace without Profit. S. 18 f.

24 Wiener Zeitung, 27. Mai 1994.

Schon im September 1992 hatten das Außenministerium und die Verwaltungsakademie des Bundes ein gemeinsames „Seminar on electoral assistance and monitoring“ abgehalten, an welchem Wahlmanager/beobachter aus Südafrika, Moçambique und El Salvador teilgenommen hatten. Im selben Jahr brachte das 1991 gegründete Österreichische Nord-Süd-Institut Vorschläge hinsichtlich einer zivilen österreichischen Beteiligung an der Vorbereitung der moçambikanischen Wahlen vor, auf deren Basis aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit 1993 Projekte zur Ausbildung von Mitgliedern der Wahlkommission sowie ein großangelegtes Wahlinformationsprogramm über Radio Moçambique in Angriff genommen wurden²⁵ (bei den Wahlen Ende Oktober 1994 nahmen übrigens fünfzehn österreichische Wahlbeobachter/innen – vorwiegend der entwicklungspolitischen Szene zugehörig – teil²⁶). Im Frühherbst 1993 wurde amtsintern von der Priorität eines österreichischen Beitrags zur „Friedens- und Demokratisierung“ sowie von mittelfristig bedeutungsvollen Sektoren „Bildung und Gesundheit“, allenfalls auch „Wiederaufbau (Privatwirtschaftsförderung und Arbeitsplatzbeschaffung)“ ausgegangen; für die Sektoren Bildung, Gesundheit und die problematisierte „Integrierte Fleischproduktion“ (deren Weiterförderung von moçambikanischer Seite vorgeschlagen wurde) sollten Sektorkonzepte erstellt werden; eine zunehmende Bedeutung multilateraler Agenturen wurde in den Raum gestellt.²⁷

„Coordination“ und „Conditionality“ – gerade im Fall Moçambiques begannen entwicklungspolitische Kritiker zunehmend von einer neokolonialen Abhängigkeit von der sog. Gebergemeinschaft zu sprechen.²⁸ Sowohl im Bereich der OECD als auch – für Österreich zunehmend relevant – der Europäischen Union²⁹ traten verstärkt koordinative Strukturen an die Stelle früherer bilateraler Kontakte, begannen jedoch auch die bisherige Rolle nationaler NGO's zu unterminieren. Schon seit Oktober 1992 fungierte ein österreichischer Mitarbeiter beim United Nations Development Programme in Maputo, Dr. Christian Manahl, als Ansprechpartner sowohl der heimischen Entwicklungspolitik wie auch der lokalen Donors Community. Von hier aus soll erstmals der Vorschlag einer regionalen Konzentration innerhalb des Schwerpunktlandes Moçambique gemacht worden sein³⁰; in seiner Folge wurden zunächst die Provinzen Sofala und Manica als Schwerpunktgebiete österreichischer EZA definiert, und ein

25 Dazu ausführlich ein ORF-Journal Panorama vom 20. Oktober 1994 und Standard vom 29. Juni 1995 sowie die jeweiligen Jahresberichte des Nord-Süd-Instituts. Für hilfreiche Informationen dazu dankt der Autor Josef Pampalk, dem Moçambique-Experten des Nord-Süd-Instituts.

26 APA, 5. und 11. Oktober 1994; INDABA, 4 (1994), S. 10–13.

27 Kooperationsprogramm Österreich-Moçambique (Sprachregelung Schwerpunktland), Stichtag 30. September 1993.

28 Hanlon, Joseph: Mozambique – Who calls the shots? London 1991.

29 Am 6. Mai 1994 wurde etwa von der Ratsarbeitsgruppe „Entwicklungszusammenarbeit“ Moçambique als eines von sechs „Partnerländern“ ausgewählt, an denen eine „Stärkung der operationellen Koordination“ der EU-Mitgliedsstaaten erprobt werden sollte.

30 Mitteilung von Dipl. Ing. Hannes Hauser im Rahmen der Sitzung „Moçambique-Länderplanung“ am 28. Juni 1994.

Koordinationsbüro dafür sollte nicht in Maputo, sondern in Beira eingerichtet werden. Aufgrund dieser Vorgabe wiederum wurde von der Sektion Entwicklungszusammenarbeit das Hamburger Consulting-Unternehmen LUSO-Consult mit der Erarbeitung eines Moçambique-Konzepts beauftragt.³¹

Anfängliche Proteste³² der an Moçambique interessierten heimischen Projektorganisationen ließen dieses Gutachten, das bisherige österreichische Erfahrungen und Knowhows ausdrücklich nicht verwertet hatte, freilich teilweise in den Hintergrund treten. Schon im November 1994 fand eine österreichische Erhebungsmission zur Klärung der Arbeitsmöglichkeiten österreichischer NGO's nach Moçambique statt.³³ Im offiziellen „Dreijahresprogramm“ wurden anschließend die Sektoren „Demokratie und zivile Gesellschaft, Landwirtschaft, Kleinbetriebsförderung sowie Wasserwirtschaft unter dem generellen Leitprinzip der Demokratieförderung als Interventionsbereiche [sic!] der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit festgelegt.“³⁴ Im April 1995 wurde das österreichische EZA-Koordinationsbüro zwar in Beira eröffnet³⁵, zwei Jahre darauf jedoch auch ein Liaison-Büro in Maputo geschaffen; eine regionale Schwerpunktsetzung wurde zwar durchgesetzt, doch stehen anstatt der ursprünglich vorgesehenen zwei Provinzen nunmehr zwei Distrikte der Provinz Sofala im Vordergrund. Sektorenkonzepte sollen umgesetzt werden, doch wird selbst in offiziellen Veröffentlichungen vor einer zu strikten Sektorabgrenzung „in einem Land, wie Mosambik es derzeit darstellt“ gewarnt.³⁶

Wenn auch österreichisch gedämpft, hatten sich parallel zum Transformationsprozeß in Moçambique also auch die Parameter der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit verschoben: *politisch* von der bilateralen Regierungskommunikation zwischen Nord und Süd zur multilateralen Regierungskoordination des Nordens; *operativ* von einer Zusammenarbeitsbereitschaft mit staatlichen Institutionen zur Fixierung auf den Privatsektor und eine nur ansatzweise vorhandene „civil society“; *administrativ* vom ursprünglichen Eigenengagement heimischer Trägerorganisationen (und Firmen) zur Schachbrettspolitik der Ministerialbürokratie; und *entwicklungstheoretisch* von Importsubstitution und Infrastrukturstärkung des Nord-Süd-Dialogs zur Armutsbekämpfung des

31 Luso Consult (Hrsg.): Programmrahmen der österreichischen Entwicklungspolitik in Moçambique. Hamburg 1994.

32 Angedeutet von Burda, Gerhard: Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Moçambique. In: A luta continua. Informationen des Solidaritätskomitees für Moçambique. November 1995.

33 Hauser, Hannes, Franz Neunteufel, Josef Pampalk, Elisabeth Reinthaler und Hans Georg Stoisser: Bericht über eine Erhebungsmission bezüglich Möglichkeiten und Bedingungen für ein Engagement österreichischer NRO's in Moçambique. O.O.u.D.

34 BMA (Hrsg.): Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit 1996 bis 1998. Wien 1995, S. 38; vgl. erläuternd Huber, Konstantin: Geänderte Prioritäten im Südlichen Afrika? In: INDABA, 10 (1996), S. 8 f.

35 Als erste Koordinatorin amtierte bis Ende 1996 die ehemalige Nationalratsabgeordnete Mag. Waltraud Schütz, seit Februar 1997 der EZA-Beamte Dipl.Ing. Hannes Hauser.

36 So Pilz, Brigitte: Spannende Herausforderung. In: Schwerpunkt Mosambik. Informationen zur österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, hrsg. im Auftrag des BMA vom Südwind-Magazin. Wien 1996, S. 7.

Weltbankmodells. Wenigstens *quantitativ* ist jedoch – zumindest vorläufig – ein hoher Standard erhalten geblieben: 1995 kam die bilaterale Entwicklungshilfe an Moçambique immerhin auf 45 Mio. Schilling.³⁷

Die Politik ist freilich immer noch für Überraschungen gut. Im Zusammenhang seiner Teilnahme am UN-Sozialgipfel in Kopenhagen (und vor einem Treffen mit dem moçambikanischen Präsidenten Joaquim Chissano) kündigte der damalige österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky 1995 die Streichung sämtlicher Kreditschulden von sieben der ärmsten Entwicklungsländer – Kenya, Äthiopien, Madagaskar, Moçambique, Uganda, Burkina Faso und Nicaragua – im Gesamtwert von einer Milliarde Schilling an; dreißig bis vierzig Prozent des Betrages sollten von den Ländern im Gegenzug in Sozial- und Umweltprojekte investiert werden.³⁸ Eine Maßnahme, die in den Konzepten nationaler oder internationaler Konsulten nicht vorgesehen war und die (vielleicht deshalb) weltweit großes Aufsehen erregte. Zu ihrer Umsetzung ist es freilich noch nicht gekommen. War's nur Rhetorik? Oder doch der gute Wille, Moçambique bei seinem wirtschaftlichen Neustart zu unterstützen?

Warengruppen	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
0 Ernährung	566	220	399	393	625	1555	1148	3453	2241	1367
1 Getränke und Tabak	0	0	0	0	0	0	0	0	4153	0
2 Rohstoffe	17	0	152	220	0	0	25	57	236	873
3 Brennstoffe, Energie	0	0	607	0	0	0	0	0	0	0
4 Tier./pflanzl. Öle	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5 Chem. Erzeugnisse	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6 Bearbeitete Waren	0	0	0	118	0	4127	0	0	22	266
7 Maschinen, Verkehrsm.	0	0	0	0	0	0	627	0	40	12
8 Sonst. Fertigwaren	0	13	5	0	45	31	1278	2725	790	170
9 Waren A.N.G.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Importe	583	233	1163	731	670	5713	3078	6235	7482	2688

Warengruppen	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
0 Ernährung	1301	0	5191	0	2033	1741	0	21	19	3856
1 Getränke und Tabak	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2 Rohstoffe	546	0	173	0	0	49	0	42	1619	302
3 Brennstoffe, Energie	0	0	0	0	0	0	0	0	0	321
4 Tier./pflanzl. Öle	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5 Chem. Erzeugnisse	41	27	4230	2782	19843	1781	6	2866	652	379
6 Bearbeitete Waren	1087	38380	2226	1030	15499	7649	949	1090	5785	2463
7 Maschinen, Verkehrsm.	4114	25077	18932	9936	6496	2406	8753	3747	6021	8113
8 Sonst. Fertigwaren	25	1244	126	25	352	106	40	104	2410	1751
9 Waren A.N.G.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Exporte	7114	64728	30878	13773	44223	13732	9748	7870	16506	17185

Walter Sauer, Universität Wien, Dr. Karl Lueger-Ring 1, A-1010 Wien

37 Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe (Hrsg.): Österreichische Entwicklungspolitik 1996. Berichte, Analysen, Informationen. Wien 1997, S. 26.

38 APA, 11. März 1995 und Berichte der Tagespresse.

Journal für Entwicklungspolitik XIII/2, 1997, S. 208–212

Waltraut Urban **Österreich – China**

Das österreichische Chinabild ist stark von der Bewunderung für eine große Kulturnation geprägt und auch wenn auf internationaler Ebene dieses Bild ins Wanken geriet, machte Österreich diesen Trend nur abgeschwächt mit.

Das galt bereits im Zeitalter der Französischen Revolution, als das Idealbild des chinesischen Kaisers als „sanfter, tugendhafter und fürsorglicher Vater seiner Untertanen“, das von den Jesuiten gezeichnet worden war, demontiert wurde, aber auch im 19. Jahrhundert, als die Welt, und vor allem England, aus imperialistischen Motiven an einem negativen Chinabild interessiert waren. In der jüngeren Geschichte war es die Machtübernahme durch die Kommunisten 1949, die zur internationalen Isolation Chinas führte und die von Österreich mit der Errichtung einer österreichischen Botschaft in Beijing im Jahre 1971, noch bevor die USA ein allgemeines Signal dazu gaben, unterbrochen wurde. Die selbstgewählte „Brückenfunktion“ Österreichs zwischen „Ost“ und „West“ mag dabei eine gewisse Rolle gespielt haben. 1974 besuchte Außenminister Kirchschläger China, der 1985 auch als erster österreichischer Bundespräsident dem Land einen Besuch abstattete. Auch nach der gewaltsamen Unterdrückung der Demokratiebewegung am Tian-an-men Platz im Jahr 1989, wurde der Besuchsaustausch halboffiziell mit dem Besuch eines „elder statesman“ in der Person des langjährigen chinesischen Außenministers und Vizeministerpräsidenten Huang Hua im Herbst 1990 in Österreich, noch vor anderen westlichen Ländern, wieder aufgenommen und bald offiziell auf Ministerebene fortgesetzt.

Die österreichisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen wirken vor diesem Hintergrund eher kärglich: 1995 gingen weniger als 1% der österreichischen Exporte nach China und nur 1,2% der importierten Waren stammten von dort. Dies ist im Lichte der starken Eurozentriertheit des österreichischen Außenhandels zu sehen: mehr als 85% des österreichischen Außenhandels werden mit anderen europäischen Ländern abgewickelt. Unter den außereuropäischen Ländern nimmt China nach den USA und Japan Rang 3 ein, unter den asiatischen Handelspartnern daher Rang 2 und unter den Entwicklungsländern Rang 1, letzteres allerdings erst seit Anfang der 90er Jahre.

Die Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ist vor allem durch die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in China, aber auch durch ein gewisses, im Gegensatz zum politischen Bereich, „Nachhinken“ Österreichs im Vergleich zu anderen Industrieländern geprägt.

Unmittelbar nach der Gründung der Volksrepublik China 1949 war das chinesische Wirtschaftssystem stark an der zentralen Planwirtschaft sowjetischer Prägung orientiert. Es wurde aber bald modifiziert und durch das „maoi-

stische“ System ersetzt, das sich vor allem durch größere Dezentralisierung auszeichnete. Beibehalten wurde jedoch das Autarkieprinzip, sodaß der Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland auf ein Minimum beschränkt blieb. Die große Wende kam nach dem Tod Maos und dem Ende der Kulturrevolution, die das Land in totales Chaos gestürzt hatte. Im Dezember 1978 wurden unter Federführung Deng Xiaopings jene grundlegenden Reformen eingeleitet, die zur Transformation der chinesischen Wirtschaft von einer Planwirtschaft in eine „sozialistische Marktwirtschaft“ führen sollten. In der ersten Phase, 1979–1984, konzentrierten sich die Reformen auf die Landwirtschaft und die Öffnung der Wirtschaft nach außen, i.e. eine Forcierung des Außenhandels und die Zulassung ausländischer Investitionen in China. Bereits 1979 wurde das erste Joint-Venture Gesetz verabschiedet und zur Förderung der Investitionen und des Außenhandels sogenannte „Sonderwirtschaftszonen“ geschaffen, die auch als Experimentierfelder für weitere marktwirtschaftlichen Reformen im Industrie- und Dienstleistungssektor dienten. Das langsame, schrittweise Vorgehen, sowie gewisse regionale Einschränkungen der Wirtschaftsreform, sind ganz wesentliche für den chinesischen Weg zur Marktwirtschaft und stehen im strengen Gegensatz zur „Schocktherapie“, die sich die Zentral- und osteuropäischen Länder nach 1989 verordneten. Dies war vermutlich auch der Grund, warum die chinesischen Reformen anfangs weltweit nur geringes Echo fanden und vor allem das unmittelbar benachbarte Hongkong von den neuen Chancen im Wirtschaftsverkehr mit China Gebrauch machte. Ein anderer wichtiger Unterschied zur Transformation in Osteuropa war, daß das politische System und die Alleinherrschaft der kommunistischen Partei aufrecht blieben. Dennoch stieg der chinesische Außenhandel bereits in den ersten Jahren erheblich an. Der österreichische Außenhandel mit China zeigte zwar export- und importseitig eine gewisse Belebung, die Steigerung der Importe war jedoch relativ schwach und hohen Exportzuwachsen in einem Jahr folgten meist negative Zuwachsraten im folgenden Jahr. Dies weist darauf hin, daß im wesentlichen große Industrieanlagen nach China geliefert wurden und daher die Gesamtexporte stark von einzelnen Lieferterminen bestimmt wurden. Vor allem die damalige Verstaatlichte Industrie, die schon vor 1979 größere Geschäfte in China gemacht hatte, spielte dabei eine wichtige Rolle. Auch die private Voith AG (Turbinen, Papiermaschinen), oder Reichert (optische Geräte) waren schon früh dabei. Bei den Importen aus China dominierten ursprünglich Rohwaren, einfache Konsumgüter und handwerkliche Produkte. Bis zum 1984/85 entwickelte sich der österreichische Chinahandel jedoch im Schnitt nicht rascher als der österreichische Außenhandel insgesamt und der Anteil Chinas blieb daher ungefähr gleich. Nach 1985 wurden die marktwirtschaftlichen Reformen in China zunehmend vom Agrar- auf den Industriesektor ausgedehnt. Gleichzeitig führte der „Plaza Accord“, in dem sich Japan verpflichtet hatte, den Yen gegenüber dem Dollar aufzuwerten zu starken Kostensteigerung, zuerst in Japan und dann auch in Korea und Taiwan, was die Industrie dieser Länder zu Produktionsverlagerungen in billigere Länder, so auch nach China, veranlaßte. Die Zunahme der

Direktinvestitionen beschleunigte die Industrialisierung und vergrößerte das Exportangebot sowie die chinesische Nachfrage nach Investitionsgütern. Der Anteil Chinas am österreichischen Außenhandel erhöhte sich, obwohl gerade in dieser Zeit verstärkter europäischer Integration der österreichische Handel mit anderen Entwicklungsländern zurückging. Der Transformationsprozess in China hatte unter anderem zu einer schrittweisen Freigabe der Preise und ihrer Bestimmung durch Angebot und Nachfrage geführt. Die resultierende Inflation sowie die Maßnahmen der Regierung diese zu bremsen, wachsende Einkommensunterschiede und der Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa ließen 1989 den Ruf nach politischen Reformen und mehr Demokratie in China laut werden, was schließlich zu den bekannten Massendemonstrationen am und um den Tian-an-men Platz und der blutigen Niederschlagung derselben durch die Regierung führte. Die politische Isolation in die China dadurch geriet, war von einer Stagnation des wirtschaftlichen Transformationsprozesses im Inneren begleitet. Auf die Wirtschaftsbeziehungen mit Österreich wirkten sich diese Vorgänge nur marginal aus. 1992 wurde eine neue Phase der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas eingeleitet: Nach der Lockerung der außenpolitischen Isolierung und der berühmten Reise Deng Xiaopings in den Süden, von wo er, von dem enormen wirtschaftlichen Fortschritten in den Sonderwirtschaftszonen zutiefst beeindruckt, nach Beijing zurückkehrte, wurde die Marktwirtschaft als mit dem sozialistischen System vereinbar in der Verfassung festgeschrieben und der wirtschaftliche Reformprozess intensiviert. China trat in einen neuen Wachstumszyklus ein, mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in der Periode 1992–1996 von deutlich über 10%. Neben den asiatischen Ländern und den USA verstärkten nun auch die europäischen Länder ihr Interesse an China und waren als Lieferanten von Hochtechnologie besonders willkommen. Auch der bilaterale Handel mit Österreich nahm zu, aber vor allem die Importe aus China stiegen überproportional und der Importanteil stieg über 1%, während der Exportanteil bei weiterhin starken Schwankungen sich nur auf rund 0,8% erhöhte. Die bilaterale Handelsbilanz ist infolgedessen für Österreich stark negativ geworden, wobei neben Konsumgütern, vor allem Bekleidung, Spielzeug und Lederwaren und auch zunehmend elektrische und elektronische Geräte sowie Chemikalien aus China importiert werden; bei den österreichischen Exporten dominieren nach wie vor Investitionsgüter (Maschinen, Stahlprodukte), weitere wichtige Produkte sind pharmazeutische Erzeugnisse und Papier. Im Außenhandel mit China sind derzeit rund 300 österreichische Unternehmen engagiert, 100 davon intensiv. Dennoch besteht die reale Gefahr, daß Österreich auf einem der am raschesten wachsenden Märkte der Welt nicht ausreichen präsent ist. Wichtige Gründe dafür dürften das starke Engagement Österreichs in den zentral- und osteuropäischen Ländern nach 1989 sowie die relativ geringen Direktinvestitionen in China sein: Österreichische Unternehmen begannen überhaupt erst Ende der 80er Jahre größere Summen im Ausland zu investieren; der stärkste Zuwachs erfolgte dabei in Zentral- und Osteuropa.

Erst ab 1993 zeichnet sich eine deutliche Zunahme österreichischer Direktinvestitionen in China ab. Derzeit gibt es rund 30 österreichische Joint-Ventures in China, die nach Schätzungen des österreichischen Handelsdelegierten in China, rund 2 Mrd. Österreichische Schilling investiert haben. Die bestehenden Joint-Ventures sind fast alle im Investitionsgüterbereich und werden hauptsächlich von sehr großen österreichischen Unternehmen betrieben. Klein- und Mittelbetrieben scheint das erforderliche Einstiegskapital zu fehlen bzw. das Risiko derzeit noch zu hoch zu sein; Ausnahmen, wie der Eissalon Toni Harrers in Hangzhou bestätigen die Regel. Das Interesse ist jedoch steigend.

Seit 1992 hat sich auch der politische Besuchsaustausch mit zum Teil ökonomischen Hintergrund intensiviert: Auf höchster Ebene reisten 1993 Bundeskanzler Vranitzky (zum ersten Mal) und Bundesminister Schüssel (damals Wirtschaftsminister) nach China; 1994 kamen der chinesische Parlamentspräsident Qiao Shi und Ministerpräsident Li Peng nach Österreich; 1995 folgte der Besuch von Bundespräsident Klestil, in Begleitung von Verkehrsminister Klima und Umweltminister Bartenstein, 1996 reiste erneut Bundeskanzler Vranitzky, begleitet von Wissenschaftsminister Scholten und Wirtschaftsminister Farnleitner nach China. Die Staatsbesuche wurden jeweils von einer großen Wirtschaftsdelegation österreichischer Unternehmer begleitet.

Während der letzten Jahre hat auch der internationale Tourismus für China sehr an Bedeutung gewonnen. An der Zahl ausländischer Touristen gemessen, steht China heute weltweit als Reiseziel an 5. Stelle. Obwohl keine exakten Angaben vorliegen, haben zweifellos auch die österreichischen Chinareisen in den letzten Jahren stark zugenommen. In einer chinesischen Quelle wurde Österreich kürzlich als eines der 10 wichtigsten Herkunftsländer für ausländische Touristen genannt.

Was die österreichische Entwicklungshilfe betrifft, die sich auf sehr arme, vor allem afrikanische Länder, konzentriert, ist China kein „Schwerpunktland“ und erhält daher keine direkte Hilfe – ausgenommen ist der Bildungsbereich (siehe unten). Eine Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung erfolgt jedoch indirekt durch die Gewährung sogenannter „soft loans“ zu besonders günstigen Zinssätzen, was auf eine Zinssubventionierung hinausläuft. Mit Risikogarantien im Rahmen des Ost-West Fonds der Finanzierungs- und Garantiefonds-Gesellschaft (FGG), der erst kürzlich erheblich aufgestockt wurde, sowie der Österreichischen Kontrollbank wird versucht, das Risiko österreichischer Unternehmen bei Chinaprojekten zu verringern und diese so zu fördern.

Eine weitere wichtige Dimension der bilateralen Beziehungen ist die Wissenschaftskooperation: Hier sind vor allem zu erwähnen: Das 1984 abgeschlossene bilaterale Abkommen über die wissenschaftlich technische Zusammenarbeit sowie ein Abkommen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften mit der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften. Weitere Abkommen gibt es im Bereich der medizinischen Forschung sowie zwischen verschiedenen Universitäten der beiden Länder. Postgraduale Fortbildung von Chinesen in Österreich ist vor allem im Rahmen des Nord-Süd-Dialog Stipendienprogramms

möglich, das ebenfalls 1984 im Rahmen der staatlichen Entwicklungshilfe initiiert wurde und wo Studenten aus China seit 1989/90 das größte Kontingent stellen.

Letztlich wären auf österreichischer Seite noch private Initiativen und Vereine zu erwähnen die sich der Förderung der bilateralen Beziehungen in ihren verschiedenen Dimensionen verschrieben haben. Hier sei vor allem die „Gesellschaft zur Förderung freundschaftlicher und kultureller Beziehungen zur VR China (ÖCGF) genannt, die 1973 aus dem 1971 gegründeten „Österreichischen China Forschungsinstitut“ (ÖCF) hervorging und neben kulturellen Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit, Reiseorganisationen für Delegationen und anderem auch ein einschlägiges Lehrprogramm umfasst. Spezielle Forschungsaufgaben werden in enger Kooperation mit dem 1978 gegründeten Institut für China und Südostasienforschung der Ludwig Boltzmann Gesellschaft durchgeführt. In jüngster Zeit gibt es mehrere Initiativen, an der Wirtschaftsuniversität Wien in Form privater Vereine, Informationen über den asiatischen Raum und daher auch über China, in Österreich zu verbessern: Austro-Süd-Ostasiatische Gesellschaft (ASOAG, gegr. 1995); interdisziplinäres Forschungsinstitut für Asienstudien (1997; in Gründung).

	Exporte			Importe		
	in Mio. S	Anteile in %	Chin. anteile am Export in die Entwicklungsländer insges. in %	in Mio. S	Anteile in %	Chin. anteile am Import aus den Entwicklungsländern insges. in %
1970	139,8	0,2	2,8	320,7	0,3	5,3
1975	514,0	0,4	3,5	231,6	0,1	1,6
1980	1114,2	0,5	4,3	427,0	0,1	1,2
1981	733,4	0,3	2,1	680,9	0,2	1,7
1982	951,5	0,4	2,5	498,8	0,2	1,4
1983	731,0	0,3	2,0	570,3	0,2	1,9
1984	1755,1	0,6	4,7	756,2	0,2	1,9
1985	3136,8	0,9	7,5	1090,9	0,3	2,6
1986	2856,7	0,8	9,5	907,4	0,2	3,1
1987	2064,8	0,6	8,1	1380,1	0,3	4,7
1988	2052,5	0,5	7,6	2000,5	0,4	6,2
1989	2219,0	0,5	7,5	2875,9	0,6	7,3
1990	2879,3	0,6	8,7	4051,6	0,7	9,3
1991	3330,8	0,7	9,4	5391,9	0,9	11,3
1992	2594,4	0,5	7,3	5967,9	1,0	13,0
1993	3667,8	0,8	9,9	7780,3	1,4	16,3
1994	3727,2	0,7	9,7	9681,3	1,5	18,5
1995	4513,5	0,8	10,9	8232,9	1,2	18,7

Der österreichische Außenhandel mit China 1970–1995

Quelle: Außenhandelsstatistik des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, WIFO-Datenbank

Waltraut Urban, Wiener Institut für Internationale
Wirtschaftsvergleiche, Oppolzgasse 6, A-1010 Wien

Journal für Entwicklungspolitik XIII/2, 1997, S. 213–223

S. Mansoob Murshed*

The Factors that Disadvantage Unskilled Workers in the North: Trade With the South or Technical Progress?

I. Background and Motivation

The changing pattern of the international division of labour is one of the most topical economic issues of our times. In particular, the shift of competitive advantage in labour intensive manufacturing production from the richer OECD countries (North) to the poorer developing countries (South) has attracted a good deal of attention from commentators in developed countries. These commentators include politicians, such as the American Presidential candidate Ross Perot, and the former President of the European Commission Jacques Delors; journalists; trade unionists; and even church groups. There is a general adversarial attitude which views growth and development in the third world as being injurious to the North (see Krugman, 1994 for example).¹ The end of the cold war has certainly hardened developed country attitudes towards developing countries. But the more recent concern is motivated by the decline in employment in the North's traditional manufacturing sector. This has been accompanied by either or both rising unemployment or a fall in the wages of the unskilled group of the North's manufacturing labour force, the blue collar worker.

This phenomenon of declining employment/wages of the less privileged group in the North's labour force is said to have sparked off major social unrest, as well as promoting increased inequality in income, wealth and opportunity. More often than not, protection from the insidious sources of the competition driving these processes is demanded. The culprit is usually identified to be the relatively poorer countries in the developing world or South; where it is stressed that low wages and generally exploitable conditions have led to the wholesale movement of certain manufacturing activities. These arguments are most succinctly stated in Bhagwati (1994).² Free trade with the South should be eschewed

* I am grateful to an editor and two anonymous referees of this journal for useful comments on earlier versions of this paper.

1 Krugman (1994) attempts to dispel the attitude that growth in the South is harmful for the North.

2 Bhagwati, a fervent free trader, enumerates the various assaults upon the doctrine of free trade, past and present in this paper. Interestingly, unlike in the deep cold war era (1950–80), when the nations in the South advocated protectionism for their own markets, it is in the North where protectionism or managed trade policies are in vogue. The generally weaker South (in terms of international relations) seems to have embraced the idea of free trade as being beneficial to them, or at least unavoidable, if they are to make progress in the ubiquitous market economy *modus operandi*, which characterizes the present world.